



Landesverband der Gehörlosen Baden-Württemberg e.V.
Hohenheimer Str. 5 | 70184 Stuttgart

Staatsministerium Baden-Württemberg
Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart

Landesverband der Gehörlosen
Baden-Württemberg e.V.

Geschäftsstelle
Hohenheimer Str. 5
70184 Stuttgart

Fax: 0711 2363149
E-Mail: geschaeftsstelle@lv-gl-bw.de

www.lv-gl-bw.de

Stuttgart, 25.03.2020

Offener Brief an Ministerpräsident Winfried Kretschmann ***Appell für Informationen in Deutscher Gebärdensprache***

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

in diesen schwierigen Zeiten ist kommunikative Barrierefreiheit wichtiger denn je. Die Informationen über das Coronavirus und die von der Landesregierung ergriffenen Maßnahmen müssen allen Bevölkerungsgruppen zugänglich sein. Leider stellen wir gerade in dieser Zeit, in der der Informationsbedarf bei allen Menschen besonders groß ist, fest, dass gehörlose Menschen und Menschen mit anderen Hörbehinderungen (CI-Träger/innen und Schwerhörige) oftmals außen vor gelassen werden.

Sie selbst haben am 13. März 2020 demonstriert, dass Barrierefreiheit möglich ist. Die Verdolmetschung der Pressekonferenz in Deutsche Gebärdensprache hat nicht nur die Inhalte gehörlosen Menschen zugänglich gemacht, sie hat auch ein Zeichen gesetzt. Doch schon die folgende Pressekonferenz am 17. März fand wieder ohne Dolmetscher/in statt, ebenso die darauffolgenden Ansprachen.

Der SWR versieht zwar Ihre Ansprachen mit Gebärdenspracheinblendungen. Dies hat jedoch verschiedene Nachteile gegenüber einer Live-Verdolmetschung:

- Es gibt eine Zeitverzögerung. Das Video wird erst einige Stunden später zur Verfügung gestellt.
- Die Videos können ausschließlich im Internet angeschaut werden. Menschen, die kein Internet nutzen, d.h. vor allem ältere Menschen, sind von diesem Informationskanal ausgeschlossen. Vor allem für sie ist es zentral, dass die Fernsehübertragungen mit Gebärdensprachdolmetscher/innen stattfindet.

- Eine Live-Verdolmetschung macht den Bedarf gehörloser Menschen für die gesamte Öffentlichkeit sichtbar.

Besonders in einer Ausnahmesituation, wie sie aktuell im Land herrscht, muss barrierefreie Kommunikation oberstes Gebot sein. Dies, zum Beispiel bei Pressekonferenzen, umzusetzen ist nicht schwer: Ein/e Gebärdensprachdolmetscher/in neben den Redner/innen genügt. Diese/r kann auch in einem Abstand von 1 bis 2 Metern positioniert werden und Fernsehsender hätten dennoch Gelegenheit, diese/n mit abzufilmen. Dies zeigt zum Beispiel die Pressekonferenz der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer vom 20. März 2020. Nur durch eine solche Live-Verdolmetschung ist es möglich, dass alle Menschen zeitnah die notwendigen Informationen erhalten.

Wie die Landesregierung selbst auf dem Nachrichtendienst Twitter im Kontakt mit der gehörlosen Aktivistin Julia Probst zugesteht, bekommt sie eine Verdolmetschung „zur Zeit leider nicht organisiert“. Dies verwundert uns, da es wahrscheinlich noch nie so einfach war wie im Moment, Gebärdensprachdolmetscher/innen zu buchen. Viele Dolmetscher/innen haben aktuell keine Aufträge und sind sicherlich in der Lage, auch kurzfristige Termine wahrzunehmen.

Des Weiteren fiel uns auf, dass auf der Homepage des Landes Baden-Württemberg die existierenden Videos mit Gebärdensprache gar nicht zur Verfügung gestellt werden. Man kann sie aktuell nur auf der Homepage des SWR finden.

Für gehörlose Menschen ist es wichtig, dass alle zentralen Informationen auf den Homepages, z.B. Verordnungen, auch in Deutscher Gebärdensprache zu Verfügung gestellt werden.

Bedenken Sie bitte: Die Deutsche Gebärdensprache ist als eigenständige Sprache anerkannt. Sie ist die Muttersprache der allermeisten Gehörlosen. Die deutsche Schriftsprache ist dagegen Fremdsprache. Nur wenn Informationen in Deutscher Gebärdensprache zur Verfügung gestellt werden, ist sichergestellt, dass gehörlose Menschen voll informiert sind.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

wir fordern Sie auf, die kommunikative Barrierefreiheit zur „Chefsache“ zu machen.

Das heißt konkret:

- Führen Sie zukünftig alle Pressekonferenzen und Ansprachen mit Live-Verdolmetschung in Deutsche Gebärdensprache mittels Präsenzdolmetscher/innen für Deutsch und Deutsche Gebärdensprache durch.
- Stellen Sie alle Videos mit Verdolmetschung auf allen relevanten Internetseiten des Landes Baden-Württemberg zur Verfügung.
- Stellen Sie, auch gemeinsam mit den Minister/innen sicher, dass alle zentralen Inhalte Ihrer Homepages auch in die Deutsche Gebärdensprache übersetzt werden.

Das Land Baden-Württemberg hat sich mit dem *Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen* (Landes-Behindertengleichstellungsgesetz, LBGG) zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen verpflichtet hat. Dies schließt auch den Zugang zu Informationen ein.

Artikel 21 der UN-Behindertenrechtskonvention regelt: „Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass (...) sie

- a. Menschen mit Behinderungen für die Allgemeinheit bestimmte Informationen rechtzeitig und ohne zusätzliche Kosten in zugänglichen Formaten und Technologien, die für unterschiedliche Arten der Behinderung geeignet sind, zur Verfügung stellen;
- e. die Verwendung von Gebärdensprachen anerkennen und fördern.“

In der aktuellen Situation können Informationen lebensentscheidend sein. Die gegenteilige Nicht-Information hat einschneidende Folgen und ist gefährlich, nicht nur in Bezug auf das Coronavirus - um sich selbst und andere schützen zu können - sondern auch in Bezug auf mögliche rechtliche Konsequenzen. Gehörlose und Menschen mit Hörbehinderungen müssen eine gleichberechtigte Chance haben, veranlasste Maßnahmen umsetzen zu können.

Falls wir Sie in der Umsetzung von kommunikativer Barrierefreiheit unterstützen können, melden Sie sich sehr gerne.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Reiner
Vorstandsvorsitzender

Kopien dieses Schreibens gehen zur Kenntnisnahme an:

- Manfred Lucha, Minister für Soziales und Integration
- Stephanie Aeffner, Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderungen
- Landtagsfraktionen
- die Öffentlichkeit